

Protokoll der sechsten ordentlichen Sitzung des Hochschulausschusses am 24.03.2025

Anwesende: Lukas Drescher*, Nick Jürgensen*, Amelie Ohff, Laura Falk, Kenan Bilen, Daniel Mäckelmann, Lea-Marie Lopau, Daniel Kaufmann

*: Ausschussmitglieder

Sitzungsleitung: Lukas

Protokoll: Nick

Sitzungsort: LMS8 - R.EG.018 und via Zoom (hybrid)

Beginn: 18:03 Uhr

TOP 0: Begrüßung und Vorstellungsrunde

- Die Sitzungsleitung begrüßt die Anwesenden.
- Die Vorstellungsrunde wird übersprungen.

TOP 1: Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Die Tagesordnung wird per Akklamation angenommen.
- Die Sitzungsleitung stellt fest, dass die Sitzung mit zwei anwesenden Mitgliedern nicht beschlussfähig ist.

TOP 2: Workload im Studium

Eine Vorlage zur Stellungnahme wurde mit der Sitzungseinladung versandt.

Anmerkungen (aus dem Plenum):

- 1) Explizite Aufnahme von besonders betroffenen Gruppen (v.a. Alleinerziehende und Pflegende Studis) Es sind nicht alle Studiengänge als Teilzeitstudium aufnehmbar.
- 2) Ausgewählte Studiengänge sind nicht in das ECTS-System inkludiert. Jura, Medizin und Pharmazie sind entkoppelt dennoch sollte die Arbeitsbelastung vergleichbar gemacht werden.
- 3) Herausarbeitung der Konsequenzen einer dauerhaften Überbelastung.

Die ausarbeitete Stellungnahme findet sich im Anhang.

Der Beschluss der Stellungnahme im Ausschuss findet mangels Beschlussfähigkeit nicht statt bzw. ist *vertagt*.

TOP 3: Stellungnahme für ein AfD-Parteiverbot

Eine Vorlage zur Stellungnahme wurde mit der Sitzungseinladung versandt.

Anmerkungen (aus dem Plenum und in dem bearbeitbaren Cloud-Dokument, siehe Anhang):

- 1) Die AfD untergräbt demokratische Strukturen und Prozesse

Die ausarbeitete Langform der Stellungnahme findet sich im Anhang. Die Kurzform wurde nicht verändert.

Der Beschluss der Stellungnahme im Ausschuss findet mangels Beschlussfähigkeit nicht statt bzw. ist *vertagt*.

Der Weg der Veröffentlichung liegt im Ermessen des AStA.

Mit auf die Anträge wollen Lukas, Nick, Amelie und Lea.

TOP 4: Sonstiges und Verschiedenes

- Hinweis auf freie Plätze in den studentischen und universitären Wahlgremien
- Hinweis auf die StuPa-Sitzung am 07.04.2025
- Hinweis auf die erste Sitzung des Wahlausschusses
- Hinweis auf kommende Themen (v.a. finanzielle Situation der Universität)

Ende der Sitzung: 19:39 Uhr.

Stellungnahme zur Arbeitsbelastung im Studium

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher, Nick Jürgensen und Amelie Ohff für den Hochschulausschuss sowie

Daniel Kaufmann (FVK-Koordinator), Kenan Bilen (CampusGrüne), Lea-Marie Lopau (AStA-Referat für politische Bildung)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge die angehängte Stellungnahme zur Arbeitsbelastung im Studium beschließen. Gleichzeitig möge das Studierendenparlament sein Präsidium darum bitten, die Forderung an das Universitätspräsidium heranzutragen und die Stellungnahme dem Referat für Studienangelegenheiten des AStA zur Kenntnisnahme zu übermitteln. Außerdem möge das Studierendenparlament die studentischen Vertreter*innen in den universitären Gremien bitten, diese Forderung dort ebenfalls zu vertreten. Zu diesem Zweck möge das Studierendenparlament sein Präsidium ebenfalls bitten, die Stellungnahme ebenfalls an die studentischen Mitglieder des Senats und die Koordination der Fachschaftsvertretungskonferenz zu übermitteln. Das Studierendenparlament möge zudem den AStA bitten, die Stellungnahme und ihre Forderungen in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen und zu vertreten.

Antragsbegründung:

Die Begründung ergibt sich aus dem Antrag 82-06-03, dem Protokoll der siebten Sitzung des Hochschulausschusses und der angehängten Stellungnahme. Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

Stellungnahme zur Arbeitsbelastung im Studium

Die starke Inanspruchnahme der psychologischen Beratung des Studierendenwerks¹ zeigt: Studierende sind mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert – Kostensteigerungen überall, Prüfungsstress, Care-Arbeit und weitere psychische Belastungen. Das Teilzeitstudium mag hier wie eine Lösung erscheinen, jedoch steht diese Option nicht den Studierenden aller Studiengänge offen.^{2,3} Insofern können weder das Teilzeitstudium noch die anderen Betreuungsangebote hier Abhilfe schaffen. In diesem Kontext ist es wichtig, die Belastung der Studierenden möglichst gering zu halten.

Wir stellen fest, dass der Webauftritt der Universität einen Leistungspunkt pauschal als 30 Stunden Arbeit entsprechend ausweist⁴, obwohl die Studienakkreditierungsverordnung in § 8 Abs. 1 25 bis 30 Arbeitsstunden pro Leistungspunkt vorsieht⁵. Daher fordern wir die Universität und ihre Lehrenden auf, ihren Gestaltungsspielraum zum Wohle der Studierenden zu nutzen und die Arbeitsbelastung pro ECTS-Leistungspunkt nach Möglichkeit von 30 auf 25 Stunden zu reduzieren. Dass diese Reduzierung nicht zum Verlust akademischer Qualität führt, zeigt zum Beispiel die Republik Österreich, wo ein Leistungspunkt flächendeckend 25 Zeitstunden entspricht.⁶

Neben der Arbeitsbelastung bei ECTS-Studiengängen darf es zu keiner Ungleichbehandlung von Studierenden in ECTS-entkoppelten Studiengängen, namentlich Studiengänge mit dem Abschluss Staatsexamen, kommen. Hier soll seitens der Universität ebenfalls daraufhin gewirkt werden, dass es bei solchen Studiengängen eine humane und angemessene Arbeitsbelastung für die Studierenden gibt.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die vorgesehene Arbeitsbelastung der Studierenden in einigen Studiengängen während der Vorlesungszeiten bei 60 Wochenstunden liegt. Es ist von den Entscheidungsträger*innen absolut verwerflich, den wissenschaftlichen Nachwuchs schon vor dem Eintritt in das Arbeitsleben in den Burnout zu schicken.

Wir halten diese Zustände für unzumutbar!

¹ Siehe <https://studentenwerk.sh/de/gefragter-denn-je-psychologische-beratung-fuer-studierende->, zuletzt abgerufen am 13.03.2025

² Siehe <https://www.studium.uni-kiel.de/de/studienangebot/uebersicht/Vorlaeufiges-Studienangebot-Bachelor.pdf>, Fußnote 12, zuletzt abgerufen am 24.03.2025

³ Siehe <https://www.studium.uni-kiel.de/de/studienangebot/uebersicht/Vorlaeufiges-Studienangebot-Master.pdf>, Fußnote 12, zuletzt abgerufen am 24.03.2025

⁴ Siehe <https://www.studium.uni-kiel.de/de/pruefungen/pruefungsverfahren/allgemeines/leistungspunkte>, abgerufen am 12.03.2025

⁵ Siehe hier: https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/perma?j=HSchulQSAkkrRglV_SH_I_8

⁶ Siehe <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Anerkennung/ECTS-System.html>, zuletzt abgerufen am 12.03.2025

Mögliche Inhalte für eine Stellungnahme für ein AfD-Verbot

Tragt hier einfach eure Ideen ein:

- Inspirationen (Sammlung von Gründen):
- <https://afd-verbot.de/beweise> (<https://afd-verbot.de/beweise>);
- <https://afdnee.de/faktencheck/> (<https://afdnee.de/faktencheck/>);
- [https://www.verdi.de/++file++6764819bfe8a3459e73f7d7b/download/Fakten gg AFD.pdf](https://www.verdi.de/++file++6764819bfe8a3459e73f7d7b/download/Fakten+gg+AFD.pdf) (<https://www.verdi.de/++file++6764819bfe8a3459e73f7d7b/download/Fakten%20gg%20AFD.pdf>);
- <https://afd-verbot.jetzt/de/kampagne> (<https://afd-verbot.jetzt/de/kampagne>);
- Mehr als 600 Juristen unterzeichnen Offenen Brief: „Ein AfD-Verbot sollte das Bundesverfassungsgericht prüfen“: <https://www.rav.de/publikationen/mitteilung/mehr-als-600-juristinnen-unterzeichnen-offenen-brief-ein-afd-verbot-sollte-das-bundesverfassungsgericht-pruefen-1103> (<https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/mehr-als-600-juristinnen-unterzeichnen-offenen-brief-ein-afd-verbot-sollte-das-bundesverfassungsgericht-pruefen-1103>)

<https://www.campact.de/rechtsextremismus/argumente-gegen-die-afd/> (<https://www.campact.de/rechtsextremismus/argumente-gegen-die-afd/>)

- Bildungspolitik (siehe Antrag)
 - Fokus (AfD klagefreudig?)
 -
- Wissenschaftsfreiheit
 - „Technologieoffenheit“ der AfD in a nutshell: <https://afd-sh.de/2025/03/08/kernkraft-dienstleister-bestaetigt-rueckkehr-zur-kernkraft-bis-2030-moeglich/> (<https://afd-sh.de/2025/03/08/kernkraft-dienstleister-bestaetigt-rueckkehr-zur-kernkraft-bis-2030-moeglich/>)
 - AfD will Gender Studies abschaffen: <https://www.uni-kiel.de/de/detailansicht/news/013-freiheit-forschung-und-lehre> (<https://www.uni-kiel.de/de/detailansicht/news/013-freiheit-forschung-und-lehre>)
 - Jahrelange internationale Forschung hat gezeigt, dass wir uns in einer menschengemachten Klimakrise befinden. Dennoch leugnet die AfD den menschlichen Einfluss auf die Erderwärmung und spricht in ihrem Europawahlprogramm 2024 von „irrationaler CO2-Hysterie“ (S. 41). Eine eindeutig wissenschaftsfeindliche Haltung. Die AfD fordert (<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-966976>), alle Klimaschutzmaßnahmen einzustellen, Kohlekraftwerke zu erhalten und die Förderung für erneuerbare Energien zu streichen. Die Folgen wären verheerend: Schon jetzt leiden einige Regionen in Deutschland unter Wasserknappheit und Extremwetterereignissen (<https://www.campact.de/klima/extremwetter/>), wie beispielsweise der Flut im Ahrtal (https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle_meldungen/191126/dwd_bmu_uba_monitoringbericht.html).
- Sozialpolitik
 - Die Widersprüche zwischen den Interessen der AfD-Wähler und die Positionen der AfD könnten kaum größer sein. Steuersenkungen für Spitzenverdiener, niedrigere Löhne für Geringverdiener und eine Beschneidung der Sozialsysteme würden AfD-Wähler viel stärker treffen als die Wähler der meisten anderen Parteien. Würde sich die AfD-Politik durchsetzen, käme es zu einer Umverteilung von Einkommen und sozialen Leistungen von AfD-Wähler hin zu den Wählern anderer Parteien. (Fratzscher, 2023)
- Bedrohung der Demokratie durch AfD
 - Die AfD wird maßgeblich von Rechtsextremen gelenkt
 - Die AfD verbreitet gezielt Hass und Desinformation, will die Gesellschaft spalten, Disruption und Misstrauen säen, untergräbt demokratische Strukturen und Institutionen, reicht Anträge zum Stopp von Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen ein (teilweise erfolgreich auf Landesebene)
 - Die AfD greift die Presse und die Meinungsvielfalt an (Ziel der Delegitimierung und Einschränkung von Medien, die nicht im Sinne der AfD berichten) (bspw. Deutschlandfunk (<https://www.deutschlandfunk.de/brandenburg-afd-anfeindungen-gegen-medien-nehmen-zu-100.html>); Frankfurter Rundschau (<https://www.fr.de/kultur/warnt-sturm-pressehaeuser-10964702.html>); Deutschlandfunk (<https://www.deutschlandfunk.de/kommunikationsstrategien-rhetorik-afd-neue-rechte-100.html>))
 - Teile der AfD schrecken nicht vor Gewalt zurück
- Grund- und Menschenrechte
 - Rechte Ideologien gehen häufig mit antifeministischen Ansichten einher. Kennzeichnend hierfür sind ein binäres Geschlechterverständnis, das Bewahren und Vertreten vermeintlich traditioneller Werte sowie die (sexuelle) Unterwerfung der Frau gegenüber dem Mann. (Werner & Sittich,

2024)

- Die zitieren an der Stelle: <https://www.bpb.de/lernen/bewegtbild-und-politische-bildung/saymyname/312549/das-frauenbild-im-rechtsextremismus-und-islamismus/> (<https://www.bpb.de/lernen/bewegtbild-und-politische-bildung/saymyname/312549/das-frauenbild-im-rechtsextremismus-und-islamismus/>)
- Die AfD propagiert ein völkisches Frauenbild: die Partei propagiert die „traditionelle Familie“, bestehend aus Mann, Frau und Kind(ern). Andere, alternative Lebensformen lehnt sie in ihrem Grundsatzprogramm ab.
- das Selbstbestimmungsgesetz will die AfD laut ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 (S. 151) wieder zurücknehmen
- die Partei setzt auf „eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“, die sie mittels einer aktivierenden Familienpolitik sicherstellen will – diese richtet sich allerdings vor allem an deutsche Frauen. Alleinerziehende Mütter sollen nicht unterstützt werden. Auch Migrantinnen passen nicht in das Frauenbild der AfD (Stichwort Austausch-Verschörungserzählung) siehe Kuchler, 2025 (<https://blog.campact.de/2025/01/das-frauenbild-der-afd/>)
- Die AfD ist gegen Schwangerschaftsabbrüche und spricht Frauen das Recht ab, selbst über ihren Körper zu entscheiden. Darüber hinaus leugnet oder bagatellisiert die AfD eine strukturelle Benachteiligung der Frau gegenüber dem Mann, wie z.B. geringerer Lohn für gleiche Arbeit. Die AfD thematisiert Gewalt gegen Frauen nicht in ihren Wahlprogrammen und instrumentalisiert geschlechtsspezifische Gewalt, um gegen Muslime und Geflüchtete zu hetzen. (Aufstehen gegen Rassismus. Faktencheck zur AfD)
- Die AfD verfolgt menschenverachtende und demokratiefeindliche Ziele. Sie richtet sich gegen grundlegende Werte unserer Verfassung u.a. Artikel 1 des GG und unterscheidet Menschen aufgrund ihrer Herkunft. Sie teilt Menschen ein in verschiedene Kategorien der Wertigkeit.
- Bundestagswahlergebnisse als Aufhänger
- Parteiverbot löst Problem nicht endgültig
 - Ein Verbot würde den Risiken begegnen, die von der Existenz der AfD mit ihren verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen. Es würde dazu dienen, den Machtzuwachs der Partei zu stoppen und damit einhergehend die organisierte Verbreitung rassistischen und rechtsextremen Gedankenguts zu schwächen. Ein Verbot der AfD würde schließlich dazu führen, dass die Partei nicht mehr als solche agieren kann. Die konkrete Gefahr, die von der AfD für die freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie ausgeht, ließe sich abwenden. (Cremer, 2023)
 - In fast jedem zweiten Verband (gemeint sind Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände) werden „Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen“ auf das Erstarken der Partei zurückgeführt. Die Partei wird jedoch nicht allein aufgrund der Unkalkulierbarkeit ihrer Positionen und der Kritik in puncto Europapolitik, Freihandel, Fachkräftesicherung und Industriepolitik als Standortrisiko empfunden; mehr noch sorgt sich die verfasste deutsche Wirtschaft um die Auswirkungen auf die politische Kultur - was nicht verwundert, da die politische Kultur - was nicht verwundert, da die Partei hier auch ohne Regierungsbeteiligung schon erkennbaren Einfluss nimmt. In Zeiten von Austeritätspolitik lässt sich eine Umschichtung des Sozialstaats von Rechtspopulisten politisch kapitalisieren: Wenn sich Wähler in Zeiten von Austeritätspolitik von mitte-links Regierungen abwenden, weil diese sozialpolitische Erwartungshaltungen enttäuschen (müssen), bleibt das rechtspopulistische Versprechen eines selektiven, wohlfahrtchauvinistischen Sozialstaats davon unberührt. Nicht zuletzt konnte die AfD in unter Strukturwandeldruck stehenden Regionen überdurchschnittliche Wahlerfolge feiern und damit ein in Ostdeutschland bekanntes Muster auch in Westdeutschland etablieren. Die AfD gewinnt zunehmend in wohl situierten Regionen, wo Menschen um ihren Wohlstand fürchten und nicht bereit sind, die Kosten der Transformationspolitik zu tragen. (Bergmann & Diermeier, 2024)
- Integration
- Inklusion
 - Barrierefreies Studium
- „Geschichtsverdrehung“ / Geschichtsrevisionismus
 - Holocaustleugnung
 - <https://taz.de/Geschichtsrevisionismus-der-AfD/!5725048/> (<https://taz.de/Geschichtsrevisionismus-der-AfD/!5725048/>)
 - „Niederlage des eigenen Landes: AfD-Chefin Weidel empört mit Aussage zur Kapitulation Nazi-Deutschlands“, Tagesspiegel (<https://www.tagesspiegel.de/politik/niederlage-des-eigenen-landes-afd-chefin-weidel-empuert-mit-aussage-zur-kapitulation-nazi-deutschlands-10452934.html>)
- Antisemitismus in der AfD
 - es werden antisemitische Verschwörungsmythen befeuert, von globalen geheimen Eliten und Globalisten gesprochen, die angeblich in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den

Parteien und ihren Apparaten säßen, und weil sie die Informationen kontrolliert, gäben sie kulturell und politisch den Takt vor. Die semantischen Elemente des Antisemitismus zeigen sich in diesen Erzählungen. Zahlreiche Aufsätze von AfD Funktionären zeigen Parallelen zu NS Reden. (Antonio Amadeo Stiftung, 2023 (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus-und-die-afd-99509/>))

- Im Fall der AfD, die das Ziel verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, liegen die Voraussetzungen für ein Parteiverbot vor. Bereits der Programmatik der Partei lässt sich ein politisches Konzept entnehmen, das auf die Missachtung der in Artikel 1 Absatz 1 GG verbrieften Garantien abzielt.

Die AfD hat in ihrer Programmatik als Gesamtpartei eine rassistische national-völkische Ausrichtung fest verankert. Der Programmatik liegt ein national-völkischer Volksbegriff zugrunde, der Menschen nach rassistischen Kategorien in ihrer Wertigkeit unterscheidet und damit von dem Volksbegriff des Grundgesetzes abweicht und mit Artikel 1 Absatz 1 GG nicht zu vereinbaren ist. (Cremer, 2023)

Cremer, H. (2023). Warum die AfD verboten werden könnte: *Empfehlungen an Staat und Politik*. (Analyse / Deutsches Institut für Menschenrechte). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86869-1> (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86869-1>)

DAS GESTÄNDNIS: <https://x.com/matthiashauer/status/1839748870110089530?s=46> (<https://x.com/matthiashauer/status/1839748870110089530?s=46>)

Quelle Eklat Thüringer Landtag: <https://verfassungsblog.de/demokratische-diskontinuitat/> (<https://verfassungsblog.de/demokratische-diskontinuitat/>)

Änderungsvorschlag:

Entwurf Stellungnahme, Ende Seite 1/Anfang Seite 2: „Die Einführung von Studiengebühren hätte zur Folge, dass bestehende Auslastungsprobleme, insbesondere in den von der AfD hochgepriesen Ingenieurwissenschaften, weiter verschärft werden würden.“

Könnte das bitte umformuliert werden, dass nicht der Eindruck entsteht, Ingenieurwissenschaften seien automatisch AfD-nah? Am besten, die Ingenieurwissenschaften ganz rausnehmen.

Stellungnahme zur Forderung nach einem AfD-Parteiverbot

Antragsteller*innen:

Lea-Marie Lopau (AStA-Referat für politische Bildung) sowie

Lukas Drescher, Nick Jürgensen und Amelie Ohff für den Hochschulausschuss,

außerdem Kenan Bilen (CampusGrüne)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge die angehängte Stellungnahme zur Forderung nach einem AfD-Parteiverbot sowie die ebenfalls angehängte Kurzfassung ebendieser beschließen. Gleichzeitig möge das Studierendenparlament den AStA mit der Öffentlichkeitsarbeit für diese Stellungnahme beauftragen. Zudem möge das Studierendenparlament den AStA aufrufen, sich der Stellungnahme anzuschließen.

Antragsbegründung:

Die Begründung ergibt sich aus dem Antrag 82-07-03, dem Protokoll der siebten Sitzung des Hochschulausschusses und der angehängten Stellungnahme. Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

AfD-Verbot jetzt!

Mit großer Sorge blicken wir dieser Tage nach Berlin, wo die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit über 24 Prozent der Sitze im neuen Bundestag vertreten ist¹.

Die AfD verfolgt unter anderem eine wissenschaftsfeindliche Politik. So schreibt sie in ihrem Grundsatzprogramm, dass sie sie für das Humboldt'sche Bildungsideal und eine Wissenschaft „frei von ideologischen Zwängen“ einsetze². Die AfD sieht Bildung als Mittel zum wirtschaftlichen Zweck. Wenn sich die AfD auf das Humboldt'sche Bildungsideal bezieht, scheint ein elitenförderndes Bildungsverständnis im Vordergrund zu stehen.³

Darüber hinaus fordert die AfD eine Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen und spricht sich gegen die Bologna-Reform aus.⁴ Eine Kritik am derzeitigen Bachelor-Master System ist durchaus berechtigt. Jedoch sollten aus emanzipatorischer Perspektive dabei Aspekte wie eine individuelle Studienplanung oder die Klausurenflut im Vordergrund stehen; sollte wissenschaftliche Bildung gefordert werden, anstatt eine mangelnde Verwertbarkeit der Abschlüsse am Arbeitsmarkt anzuprangern.⁵

Zusätzlich sollen Hochschulen das Recht erhalten, Bewerber*innen nach eigenen Kriterien auszuwählen⁶, und es sollen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU Staaten, wie es sie bereits in Bayern gibt, erhoben werden.⁷ Dabei ist die Studiengebührenfreiheit ein wichtiger Pull-Faktor für deutsche Hochschulen. Die Einführung von Studiengebühren hätte zur Folge, dass bestehende Auslastungsprobleme, insbesondere in den von der AfD hochgepriesen Ingenieurwissenschaften, weiter verschärft werden würden.⁸

Die Bildungspolitik der AfD bedeutet den Einstieg in die Provinzialisierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems. Für ein global verflochtenes Deutschland, dessen Wirtschaft auf Export setzt, wäre eine solche Renationalisierung schädlich.

Die AfD fordert in ihrem Programm zudem eine grundsätzliche Abschaffung von Gender-Forschung sowie den „Wildwuchs an Studienfächern in Geistes- und Sozialwissenschaften kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu prüfen“.⁹ Die AfD ignoriert bewusst die Vielfalt und die Interdisziplinarität geschlechtertheoretischer Forschungsansätze. Diese Ablehnung der Gender Studies seitens der AfD und die Forderung nach ihrer Abschaffung muss in einem breiteren antifeministischen und wissenschaftsfeindlichen Kontext betrachtet werden.¹⁰

¹ Siehe <https://bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/gewaelhte.html>, abgerufen am 17.03.2025

² AfD Grundsatzprogramm, Seite 52, abgerufen am 13.12.2024: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#8>

³ Blickpunkt-wiso.de

⁴ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

⁵ Blickpunkt-wiso.de

⁶ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 62

⁷ Afdbundestag.de (Michael Kaufmann: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beseitigen Fehlanreize)

⁸ Wiwo.de

⁹ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 60

¹⁰ Beljan, 2024: S: 118

Die AfD als extrem kapitalistische, gewerkschaftsfeindliche, rückschrittliche familienorientierte, damit einhergehend frauenfeindliche und in Teilen fundamental christlich-religiöse Partei bedroht unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.

Eine Möglichkeit dieser Gefahr zu begegnen, ist ein Parteiverbot. Auch wenn ein Parteiverbot rechtsextremes Gedankengut nicht verbieten kann, so würde es doch den Risiken begegnen, die von der Existenz der AfD mit ihren verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen.¹¹ Es würde den Machtzuwachs der Partei stoppen, die organisierte Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankenguts schwächen und letztendlich die durch sie ausgehende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung abwenden¹². Die Voraussetzungen für ein AfD-Parteiverbot sehen wir als gegeben an.¹³

Vor diesem Hintergrund halten wir die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD nicht nur für legitim, sondern für dringend geboten. Wir rufen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung auf, ein solches Verfahren einzuleiten.

¹¹ Cremer, H. (2023). Warum die AfD verboten werden könnte: *Empfehlungen an Staat und Politik*. (Analyse / Deutsches Institut für Menschenrechte). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-86869-1>

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

Stellungnahme zur Forderung nach einem AfD-Parteiverbot

Mit großer Sorge blicken wir dieser Tage nach Berlin, wo die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit über 24 Prozent der Sitze im neuen Bundestag vertreten ist¹.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Die AfD verfolgt unter anderem eine wissenschaftsfeindliche Politik. So schreibt sie in ihrem Grundsatzprogramm zwar, dass sie sie für das Humboldt'sche Bildungsideal und eine Wissenschaft „frei von ideologischen Zwängen“ einsetze², wobei die AfD extrem kapitalistisch, gewerkschaftsfeindlich, rückschrittlich familienorientiert, damit einhergehend frauenfeindlich und in Teilen fundamental christlich-religiös ist.³

Auch das Humboldt'sche Bildungsideal selbst sollte nicht unkritisch gesehen werden. Unter der Federführung Humboldts entstand das dreigliedrige Schulsystem, das der Reproduktion der Eliten dienen sollte. Gleichzeitig widerspricht das Humboldt'sche Bildungsideal dem humanistischen Bildungsideal, dass Bildung nicht mit Berufsausbildung vermischt werden soll. Die AfD sieht Bildung als Mittel zum wirtschaftlichen Zweck. Wenn sich die AfD auf das Humboldt'sche Bildungsideal bezieht, scheint ein elitenförderndes Bildungsverständnis im Vordergrund zu stehen.⁴

Darüber hinaus fordert die AfD eine Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen und spricht sich gegen die Bologna-Reform aus.⁵ Eine Kritik am derzeitigen Bachelor-Master System ist durchaus berechtigt. Jedoch sollten aus emanzipatorischer Perspektive dabei Aspekte wie eine individuelle Studienplanung oder die Klausurenflut im Vordergrund stehen; sollte wissenschaftliche Bildung gefordert werden, anstatt eine mangelnde Verwertbarkeit der Abschlüsse am Arbeitsmarkt anzuprangern.⁶ Ein Bachelor oder Master beschreibt heute bis ins kleinste Detail, was die Leute studiert haben und berechtigt damit Absolvent*innen, sich ohne große Genehmigungsverfahren auf Stellen im europäischen Ausland zu bewerben.⁷

Zusätzlich sollen Hochschulen das Recht erhalten, Bewerber*innen nach eigenen Kriterien auszuwählen⁸, und es sollen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU Staaten, wie es sie bereits in Bayern gibt, erhoben werden.⁹ Die Forderung der AfD nach Studiengebühren hat wenig mit der von ihr beschriebenen Angst vor einem gesunkenen Niveau gemein, sondern folgt eher dem Versuch, eine mehrgliedrige und sozial ungerechte Bildungslandschaft zu erhalten.¹⁰ Dabei ist die Studiengebührenfreiheit ein wichtiger Pull-Faktor für deutsche Hochschulen. Die Einführung von Studiengebühren hätte zur Folge, dass bestehende

¹ Siehe <https://bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/gewaehlte.html>, abgerufen am 17.03.2025

² AfD Grundsatzprogramm, Seite 52, abgerufen am 13.12.2024: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#8>

³ Blickpunkt-wiso.de

⁴ Blickpunkt-wiso.de

⁵ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 59

⁶ Blickpunkt-wiso.de

⁷ Wiwo.de

⁸ Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 62

⁹ Afdbundestag.de (Michael Kaufmann: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beseitigen Fehlanreize)

¹⁰ Blickpunkt-wiso.de

Auslastungsprobleme, insbesondere in den von der AfD hochgepriesen Ingenieurwissenschaften, weiter verschärft werden würden.¹¹

Die Bildungspolitik der AfD bedeutet den Einstieg in die Provinzialisierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems. Für ein global verflochtenes Deutschland, dessen Wirtschaft auf Export setzt, wäre eine solche Renationalisierung schädlich.

Die AfD fordert in ihrem Programm zudem eine grundsätzliche Abschaffung von Gender-Forschung sowie den „Wildwuchs an Studienfächern in Geistes- und Sozialwissenschaften kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu prüfen“.¹²

Dabei gibt es für die Existenz von Gender-Studies inhaltliche Gründe (beispielsweise Erforschung des Gender-Pay-Gaps). Geschlechterforschung wird die Wissenschaftlichkeit abgesprochen. Die AfD bietet aber keine Transparenz, was (eigene) Kriterien zur Wissenschaftlichkeit anbelangt. Die AfD ignoriert bewusst die Vielfalt und die Interdisziplinarität geschlechtertheoretischer Forschungsansätze. Diese Ablehnung der Gender Studies seitens der AfD und die Forderung nach ihrer Abschaffung muss in einem breiteren antifeministischen und wissenschaftsfeindlichen Kontext betrachtet werden.¹³

Des Weiteren unterstellt die AfD dem Landesbeauftragten für politische Bildung, ebendiese und die Erinnerungskultur einseitig zu gestalten, eine „unselige Fokussierung auf sachfremde Ideologieprojekte wie Gender, Klima oder Massenmigration“ und fordert stattdessen „echte Ausgewogenheit in der politischen Bildung“.¹⁴

Die AfD-nahe Desiderius Erasmus Stiftung ermöglicht dagegen politische Bildungsarbeit, Studien und die finanzielle Unterstützung auch extrem rechter Studierender und Promovierender.¹⁵

Allgemeine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die AfD fordert eine Beschneidung der Sozialsysteme und eine stark marktorientierte Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.¹⁶ Die Wähler*innen der AfD wären von den Folgen der angestrebten Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik selbst negativ betroffen.¹⁷

Die AfD ist gegen Schwangerschaftsabbrüche und spricht Frauen das Recht ab, selbst über ihren Körper zu entscheiden.¹⁸ Darüber hinaus leugnet oder bagatellisiert die AfD eine strukturelle Benachteiligung der Frau gegenüber dem Mann, wie z.B.

¹¹ Wiwo.de

¹² Afd-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 60

¹³ Beljan, 2024: S. 118

¹⁴ AfD-sh.de, Programm zur Landtagswahl 2022, S. 63

¹⁵ Nd-aktuell.de, 2022 „Es geht um echte Zerstörung“

¹⁶ Siehe https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html, abgerufen am 20.03.2025

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

geringerer Lohn für gleiche Arbeit.¹⁹ Die AfD thematisiert Gewalt gegen Frauen nicht in ihren Wahlprogrammen und instrumentalisiert geschlechtsspezifische Gewalt, um gegen Muslime und Geflüchtete zu hetzen.²⁰ Sie fordert zudem die Streichung von LGBTQI*-Themen aus den Schullehrplänen.²¹

Die AfD hat kein Interesse an demokratischen Prozessen und hindert diese aktiv, siehe z.B. in Thüringen: Der AfD-Alterspräsident weigerte sich, die Beschlussfähigkeit des Landtags festzustellen. Die AfD wollte den Eklat.^{22,23}

Eine Möglichkeit der Gefahr zu begegnen, die durch die AfD für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht, ist ein Parteiverbot. Auch wenn ein Parteiverbot rechtsextremes Gedankengut nicht verbieten kann, so würde es doch den Risiken begegnen, die von der Existenz der AfD mit ihren verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen.²⁴ Es würde den Machtzuwachs der Partei stoppen, die organisierte Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankenguts schwächen und letztendlich die durch sie ausgehende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung abwenden²⁵. Die Voraussetzungen für ein AfD-Parteiverbot sehen wir als gegeben an^{25, 26}.

Vor diesem Hintergrund halten wir die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD nicht nur für legitim, sondern für dringend geboten. Wir rufen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung auf, ein solches Verfahren einzuleiten.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Aufstehen gegen Rassismus. AfD-Faktencheck. <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/fakten-afd-versprechen/>, abgerufen am 20.03.2025

²¹ Ebd.

²² Siehe <https://verfassungsblog.de/demokratische-diskontinuitat/>, zuletzt abgerufen am 24.03.2025

²³ Siehe https://live.thltcloud.de/Veranstaltung/Plenarsitzung_2024_1/20240926, zuletzt abgerufen am 24.03.2025

²⁴ Cremer, H. (2023). Warum die AfD verboten werden könnte: *Empfehlungen an Staat und Politik*. (Analyse / Deutsches Institut für Menschenrechte). Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-86869-1>

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.